

Das kompromisslose Steuergesetz-Podium

Carol Demarmels (SP), Reto Wyss (Gewerkschaftsbund), Maya Bally (Mitte) und Peter Gehler (Handelskammer) schenken sich nichts.

Fabian Högler

«Bei dieser Frage werden wir uns nicht einig.» Das sagte AZ-Politikchef und Moderator Mathias Küng bei der Podiumsdiskussion zum neuen Steuergesetz im Kultur- und Kongresshaus Aarau gleich mehrfach. Tatsächlich brachten die Ja-Seite mit Peter Gehler (Vizepräsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer und des Verwaltungsrats beim Pharmazulieferer Siegfried in Zofingen) und Mitte-Grossrätin Maya Bally sowie die Nein-Seite mit SP-Grossrätin Carol Demarmels und Reto Wyss (Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds) ihre Argumente deutlich vor, fanden aber kaum Übereinstimmungen.

Braucht es die Senkung der Gewinnsteuern für Firmen?

Das begann schon bei der Grundsatzfrage, ob es eine Senkung der Gewinnsteuern von 18,6 auf 15,1 Prozent für Firmen, die mehr als 250 000 Franken Gewinn machen, überhaupt brauche. Natürlich, fand Gehler, und zeigte mehrfach eine Grafik der Steuerbelastung in den Kantonen, die den Aargau auf dem drittletzten Platz aufführt. Dies sei im Standortwettbewerb ein Nachteil, sagte der Wirtschaftsmann und hielt fest: «Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für diese Steuersenkung, die Kantonskasse überläuft fast, die Gemeinden schreiben reihenweise hervorragende Abschlüsse.»

SP-Grossrätin Demarmels konterte und kritisierte das bürgerliche Vorgehen als Salami-taktik. «Man schneidet bei den Gewinnsteuern Scheibe für Scheibe ab und es profitieren dieselben Firmen, die 2019 bei der nationalen Reform schon Millionen an Steuergeschenken erhalten haben.» Demarmels betonte, im Aargau würden nur 5 Prozent aller Unternehmen vom neuen Steuergesetz profitieren, die 95 anderen nicht. Zudem machten Firmensteuern



Schon nach wenigen Minuten wurde heftig diskutiert auf dem Podium mit Carol Demarmels (SP), Reto Wyss (Gewerkschaftsbund), Moderator Mathias Küng, Maya Bally (Mitte) und Peter Gehler (Handelskammer, von links).
Bild: Chris Iseli (Aarau, 25. April 2022)

nur rund 15 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons aus.

Mitte-Grossrätin Bally sagte, auch kleine und mittlere Unternehmen und Gewerbebetriebe im Aargau würden als Zulieferer profitieren, wenn Grossfirmen entlastet würden und im Kanton investierten. Sie ergänzte, die Steuerbelastung sei bei Standortentscheidungen unter den wichtigsten Faktoren. «Bei anderen Faktoren sind wir gut dran, gehen wir jetzt mit den Steuern runter, dann stimmt das ganze Paket.» Dies sei heute gut möglich, bei der Umsetzung der nationalen Steuerreform seien die Kantonsfinanzen hingegen noch nicht im Lot gewesen, sagte Bally.

Das mochte Gewerkschafter Wyss nicht gelten lassen: Er sagte, der Schuh drücke bei den Firmen im Aargau nicht bei der Steuerbelastung. Die letzte Wirtschaftsumfrage der Handelskammer zeige, dass nur 10 Prozent der Firmen der Mei-

nung seien, die Steuern seien zu hoch. «Unternehmen sind auf einen Mix der Standortfaktoren angewiesen, der Tunnelblick auf die Steuern ist falsch», sagte Wyss. Der Aargau stehe bei Erreichbarkeit, Produktionsflächen, Innovation, Büromieten sehr gut da. Wenn man die Steuern jetzt radikal senke, nehme man dem Kanton den Spielraum für künftige Investitionen.

Was passiert mit dem Geld – oder wo könnte es fehlen?

SP-Grossrätin Demarmels kritisierte, auch bei einer Senkung der Gewinnsteuern im Aargau würden keine Unternehmen zuziehen, die lokale Zulieferer berücksichtigen. Statt die Steuern zu senken, müsse der Kanton beim Fachkräftemangel ansetzen, flächendeckend Tageschulen einrichten und die hohe Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. «Doch das Geld dafür wird uns fehlen, wir entlasten reiche

Grossfirmen, ganz viel Geld fliesst als Dividende ins Ausland», kritisierte sie.

Handelskammer-Vizepräsident Gehler bezeichnete ihre Aussagen als «völligen Käse» und sagte, bei Siegfried gehe die Dividende nicht ins Ausland. «Wir haben in den letzten Jahren über 200 Millionen investiert, mehr als 50 Prozent ging ans lokale Gewerbe». Von der Steuersenkung würden Firmen mit Standorten in diversen Kantonen profitieren. Diese hätten die Möglichkeit, ihre Gewinne zum Teil dort zu versteuern, wo die Ansätze niedrig seien. Damit drohten dem Aargau Einnahmen zu entgehen – «ich denke an den Kanton», sagte Gehler.

Mitte-Grossrätin Bally sagte, mit den geplanten 15,1 Prozent würde der Aargau auch mit Blick auf eine mögliche globale Mindeststeuer goldrichtig liegen. Sie wies darauf hin, dass im Aargau die Löhne für die Lehrpersonen

erhöht worden seien, zudem werde auch für die frühkindliche Förderung etwas getan. «Wir investieren und wir können uns das weiterhin leisten, auch wenn wir die Steuern senken», argumentierte Bally.

Gewerkschaftssekretär Wyss konterte, der Wohlstand in der Schweiz werde primär von den Arbeiterinnen und Arbeitern geschaffen. Die Schere zwischen Dividenden und Kapitalgewinnen einerseits sowie den Löhnen der einfachen Angestellten andererseits gehe immer mehr auseinander. Mit tieferen Gewinnsteuern fehle Geld im Kantonsbudget und damit für Investitionen, «denn die Kantone sind für die Hälfte der öffentlichen Ausgaben in der Schweiz verantwortlich», sagte Wyss.

Versicherungsabzug erhöhen oder Prämien verbilligen?

Auch beim zweiten Teil der Vorlage – den höheren Abzügen für

Versicherungsprämien bei den Steuern – gingen die Meinungen weit auseinander. Diese sollen bei Einzelpersonen von 2000 auf 3000 Franken steigen, bei Ehepaaren von 4000 auf 6000 Franken. SP-Grossrätin Demarmels kritisierte, vom Abzug profitiere ein gut verdienendes Ehepaar stark, eine alleinerziehende Mutter viel weniger. Zudem seien die Abzüge geringer, wenn man Kinder habe, was eine soziale Regelung sei. «Es wäre viel besser, dieses Geld für individuelle Prämienverbilligungen zu investieren, statt mit der Giesskanne für Gutverdienende auszuschütten», sagte sie.

Mitte-Grossrätin Bally sagte, der obere Mittelstand profitiere in Franken mehr, nicht aber in Prozent. Sie wies darauf hin, dass die Steuerabzüge für Versicherungsprämien seit 21 Jahren nicht angepasst worden seien. Bally sagte weiter, für Alleinerziehende mit tiefen Löhnen sei die Steuerbelastung im Aargau relativ niedrig. Und sie forderte: «Man kann nicht immer nur für die Geringverdiener etwas tun, auch der Mittelstand soll mehr abziehen dürfen.»

Gewerkschafter Wyss bezeichnete dies als pseudosoziale Familienpolitik der Mitte, dabei würden eigentlich die Leute für blöd verkauft. «Steuerabzüge nützen den Reichen am meisten, die Leute leben von Franken, nicht von Prozenten», sagte er. Nun für Gutbetuchte höhere Abzüge zu gewähren, sei Geld aus dem Fenster geworfen. Eine stärkere Prämienverbilligung – hier sei der Aargau unterdurchschnittlich – sei am effizientesten, hielt Wyss fest.

Wirtschaftsmann Gehler verteidigte die Verknüpfung von Steuersenkung für Firmen und Versicherungsabzug für Private. Dies in einer Vorlage an die Urne zu bringen, sei legitim, sagte der Handelskammer-Vize. Ausserdem hielt auch Gehler fest, man müsse nun den Mittelstand entlasten, was mit den höheren Steuerabzügen geschehe.